ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Wandelt sich die Stellung der Gewerkschaften? Ein Gespräch, das noch fortgesetzt wird

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Wandelt sich die Stellung der Gewerkschaften? Ein Gespräch, das noch fortgesetzt wird, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 10, pp. 612-614

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/131794

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Wandelt sich die Stellung der Gewerkschaften?

Ein Gespräch, das noch fortgesetzt wird

Gewerkschaften und Sozialstruktur

Das ist keine Frage, die durch den Ausgang der Bundestagswahlen aufgeworfen worden ist. Der Fragestellung liegen andere Motive zugrunde als wechselnde politische Machtverhältnisse, nämlich die langsame Veränderung der Sozialstruktur, die sich in allen modernen Industriestaaten abzeichnet.

Die Gewerkschaften sind in den letzten Jahrzehnten zu einem unentbehrlichen Wirtschaftsorgan in allen Industriestaaten geworden. Sie haben dadurch eine Verankerung im Staats- und Gesellschaftsleben erfahren, woran noch bis zum ersten Weltkrieg nicht zu denken gewesen wäre. Während früher die Gewerkschaften eine — zunächst sogar illegale — Macht darstellten, die gegen die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, mitunter auch die Staatsordnung, ankämpfte, sind sie heute zu einer der tragenden Säulen dieser Ordnung geworden. Aus dem Gegner, der mit allen Kampfmitteln seine Forderungen durchzusetzen suchte, ist der Verhandlungspartner geworden, der ebenso wie sein Kontrahent die Einhaltung der Verträge und Abmachungen garantiert. Es könnte der Unternehmerwirtschaft heute nichts Fataleres passieren, als wenn die Gewerkschaften plötzlich durch einen Selbstauflösungsakt oder durch einen Staatsakt beseitigt würden.

Mit der weitgehenden Erfüllung ihrer teils sozial-revolutionären, teils sozial-reformerischen Forderungen haben die Gewerkschaften ihren kämpferischen Charakter effektiv verloren, wenn das auch im äußeren Gehaben und Gebaren noch nicht zu Tage tritt. Die soziale Stellung des Arbeiters hat sich durch den Druck zweier Weltkriege entscheidend verbessert, der Lebensstandard hat sich relativ zu anderen sozialen Schichten bedeutend gehoben. Durch den wachsenden Anteil der hochqualifizierten Facharbeiterschaft an der werktätigen Bevölkerung hat sich die Sozialstruktur langsam, aber stetig gewandelt. Der Proletarier ist ausgestorben. Freilich gibt es noch Besitzende und Nichtbesitzende. Es hat sich aber — nicht zuletzt durch die Anschauung am bolschewistischen Beispiel — die Erkenntnis durchgesetzt, daß schließlich nicht das Eigentum an den Produktionsmitteln die Lebensgestaltung bestimmt, sondern die Verteilung des mit Hilfe der Produktionsmittel rationell erarbeiteten Produkts. Verhütet werden muß der Mißbrauch dieses Eigentums, der sich sowohl bei privater wie bei sozialistischer Eigentumsordnung einstellen kann. Neben dieser Aufgabe liegt es den Gewerkschaften weiterhin ob, eine schrittweise Erhöhung des Lebensstandards der arbeitenden Klasse im Rahmen der Wohlstandssteigerung der Volkswirtschaft durchzusetzen. Aber das ist unter den heutigen Verhältnissen kaum eine kämpferische Aufgabe, sondern die Angelegenheit kluger und zäher Verhandlungen, für die den Partnern reichhaltiges statistisches Vergleichsmaterial zur Verfügung steht.

Aus der Wohlstandssteigerung der arbeitenden Klasse ergibt sich noch eine Folgeerscheinung: die Abstumpfung der gewerkschaftlichen Kampfmittel. Alle haben heute mehr zu verlieren als „ihre Ketten". Die Gewerkschaftsfunktionäre müssen sich heute sehr genau überlegen, ob sie in ihrem „Kampf" gewerkschaftliche Kampfmittel einsetzen dürfen. Die Nichtbefolgung einer Streikaufforderung bedeutet einen schweren Prestigeverlust, dem man sich aus politischen Gründen nicht aussetzen darf. Der Druckerstreik im vergangenen Jahr hat gezeigt, daß den Arbeitern mehr an der Wiederaufnahme der Arbeit lag als an der restlosen Durchsetzung der Gewerkschaftsforderung — eine Erscheinung, die sich bei allen Arbeitsstreitigkeiten hochqualifizierter Arbeitnehmergruppen zeigen wird. Durchaus parallel damit konnte man feststellen, daß auch die Arbeitgeber, besonders der Großbetriebe, in ihrer Mehrzahl kompromißbereit waren und den Weisungen ihrer Verbandsfunktionäre nicht konsequent gefolgt sind.

Ganz abgesehen davon, daß der Lebensstandard des Facharbeiters, der ihm zur Gewohnheit geworden ist, keine Lohnausfälle auf längere Sicht verträgt, hat die fortschreitende Technisierung die lähmende Wirkung jedes Teilstreiks vermindert. Andererseits ist den Leitern der Großbetriebe im Zuge der steigenden Produktivität, der Erhöhung des Festkapitals und nicht zuletzt infolge der erzwungenen Abdekkung mittelfristigen Finanzbedarfs durch kurzfristige Kredite durchaus daran gelegen, längerfristige Arbeitsniederlegungen zu vermeiden, von Aussperrungen ganz zu schweigen. Das Streben nach dem größtmöglichen Grad der Vollbeschäftigung liegt im Interesse sowohl der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber. Und der Arbeitsfrieden ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Erhaltung der Stabilität des Beschäftigungsvolumens.

Man spricht häufig von einer unberechtigten Einmischung der Gewerkschaften in politische Angelegenheiten. Man darf dabei aber nicht vergessen, daß die Gewerkschaften alle aus dem politischen Kampf hervorgegangen sind und in vielen Industriestaaten noch viel stärker als bei uns mit den sie tragenden Parteien verwachsen sind. Es ist zweifellos richtig, daß in einem demokratischen Staat die Gewerkschaften nicht als der verlängerte Arm einer Partei betrachtet werden dürfen, der durch Einsetzung von Gewaltmitteln eine parlamentarische Niederlage der ihnen nahestehenden Parteien wettmachen könnte. Andererseits wird auch die Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung immer mit politischen Fragen verknüpft sein, ebenso wie die Interessenvertretung der Industrieverbände mit politischen Fragen verbunden bleibt. Man kann also nicht das politische Interessement der Gewerkschaften schlechthin ablehnen. Die Gewerkschaftsleitung wird in ihrem eigenen In-

teresse darauf bedacht sein müssen, nur zu solchen politischen Fragen Stellung zu nehmen, die von allgemeiner Bedeutung für die Erhaltung der Sozialstruktur und für die Verbesserung der Sozialordnung sind. Eine Einheitsgewerkschaft wird sich eher dieser Selbstbeschränkung bewußt werden als parteipolitisch aufgegliederte Gewerkschaften, die eine Verstärkung der Politisierung mit sich bringen.

So hat sich zweifellos die Stellung der Gewerkschaften verändert, ohne daß man sagen kann, daß sie geschwächt worden sind. Die Funktionäre müssen sich aber dieser veränderten Stellung bewußt werden, wozu wesentlich beitragen könnte, wenn auch die Industrieverbände sich in ihrer Interessenvertretung der veränderten sozialen Struktur anpaßten. Klassenkampf ist heute nicht mehr am Platze. (h)

Die französischen Gewerkschaften im Verkehrsstreik

Paris, Ende September

Die letzte große Streikwelle, die am empfindlichsten Eisenbahn und Post betraf, fiel in eine wirtschaftlich ruhige Periode mit relativ geringen Verkehrsanforderungen der produktiven Wirtschaft. Im Monat August sind nämlich in Frankreich zahlreiche Betriebe ganz oder teilweise geschlossen. Der offizielle Industrieproduktionsindex läßt in diesem Monat seit Kriegsende regelmäßig einen Rückgang von 20 bis 25 % erkennen.

Aber selbst unter Berücksichtigung dieser saisonmäßig günstigen Zustände könnte man nicht behaupten, daß der Verkehrsstreik die produktive Wirtschaft lähmte. Fast alle Betriebe arbeiteten weiter, teils weil ihre Energie- und Rohstoffversorgung von der Eisenbahn unabhängig ist, teils weil sie über ausreichende Vorräte verfügten oder es verstanden, den Verkehrsengpaß in der einen oder anderen Form zu überwinden. Bei der Beurteilung der französischen Verhältnisse muß man stets die über die allgemeinen Vorstellungen weit hinausgehende innere Stabilität und Ausgeglichenheit des Landes sowie seiner Wirtschaft berücksichtigen. Die französischen Reserven übersteigen in mancher Beziehung erheblich den europäischen Durchschnitt. Der Streik hätte mindestens vier Wochen dauern müssen, um die Industrie zur Einschränkung ihrer Tätigkeit zu zwingen. Derartige Kraftproben sind jedoch schwer vorstellbar, da die Arbeiter sie sich aus materiellen Gründen nicht leisten können und die Gewerkschaften nur sehr niedrige Streikgelder zahlen.

Eine wesentliche Rolle spielte verkehrswirtschaftlich das Automobil, das weitgehend die Eisenbahn ersetzen konnte, dies um so leichter, als sich im Straßentransportwesen infolge seines ausgeprägten Handwerkscharakters Streikbewegungen nur schwer organisieren lassen. Nach ungefähren Berechnungen ist der französische Lastwagenpark in normalen Verhältnissen in der Lage, jährlich 16 Mrd. tkm zu bewältigen. Im Bedarfsfalle kann dieses Verkehrsvolumen unschwer verdoppelt werden, denn der Laderaum ist im allgemeinen nur zwischen 50 und 66 % ausgenützt. Die vorhandenen Omnibusse für den Überlandverkehr vermögen im Bedarfsfalle ihre Leistung mindestens zu verdreifachen. In Rechnung zu stellen ist ferner die unter chronischer Unterbeschäftigung leidende Binnenschifffahrt, deren wirtschaftliche Rentabilität und Zweckmäßigkeit bei dem überalterten französischen Kanalsystem zwar problematisch ist, nicht aber ihre Nützlichkeit in verkehrspolitischen Notzeiten.

Aus der jüngsten französischen Streikwelle lassen sich Lehren ziehen, die die politische Stellung der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung ganz allgemein gesehen stark erschüttern müssen. Die moderne Technik erwies sich nämlich als so vielseitig und so gut entwickelt, daß sich lahmgelegte Betriebszweige stets in der einen oder anderen Form ersetzen ließen und außerdem eine kleine Anzahl von Arbeitskräften genügten, um selbst komplizierte Anlagen nicht ausfallen zu lassen.

Für die Eisenbahn wird der Streik zu wirtschaftlichen Ergebnissen führen, die niemand erwartete und die am allerwenigsten von dem Personal gewünscht wurden. Die Regierung wird nämlich jetzt die Möglichkeit haben, einige tausend km nicht mehr rentabler Nebenstrecken stillzulegen. Seit Jahren weiß man, daß in Anbetracht der verkehrspolitischen Entwicklung bei der Zunahme des Automobilverkehrs das französische Eisenbahnnetz mindestens um 10 000 km zu lang ist. Alle auch noch so bescheidenen Absichten zur Stillegung der Linien scheiterten immer wieder an dem doppelten Widerstand der Gewerkschaften und der Lokalinteressen. Der Streik schuf nun plötzlich ein günstiges psychologisches Klima. Der Durchschnittsbürger ist gegen die Eisenbahn zu erbittert, um Einwendungen gegen die Stillegung dieser unrentablen Linien zu haben, die Gewerkschaften sind zu geschwächt, um dieser Frage wegen einen neuen Streik auszulösen. Außerdem kann die Regierung auf die zusätzlichen Verluste der Staatsbahn hinweisen sowie auf die Notwendigkeit, die erforderlichen Mittel für die grundsätzlich bewilligte Aufbesserung der niedrigsten Lohnklassen aufbringen zu müssen. Allerdings werden die Lokalinteressen stark genug bleiben, um die etwas weitgehenden

VEREINSBANK IN HAMBURG
AUSSENHANDELSBANK
ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20—30, TELEFON 34 10 15
20 BETRIEBE IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Regierungsabsichten zu beschränken. Die Beseitigung von 5 000 km Nebenlinien wäre aber bereits ein beachtlicher Erfolg.

Der Streik stärkte schließlich die wirtschaftspolitische Stellung der Straßentransportunternehmen gegenüber der Eisenbahn und auch der Regierung. Ihre monopolartigen Privilegien — Schutz gegen die freie Konkurrenz, geringe Steuerbelastung, keine Beförderungspflicht usw. — gehören zu den Skandalerscheinungen der französischen Wirtschaft, auf gleicher Ebene wie das Alkoholproblem. An Koordinierungsplänen von Straße und Schiene mangelt es nicht, sie scheiterten aber alle am politisch starken Widerstand der Straßentransportunternehmen. Ihre Sonderstellung war ernstlich durch die der Regierung Laniel übertragenen Notverordnungsvollmachten bedroht. Es bestand die Absicht, ihnen auf Strecken, die für die Eisenbahn nicht mehr rentabel sind, eine Beförderungspflicht aufzuerliegen und auch ihr aus der staatlichen Wirtschaftsregelung sich ergebendes Monopol durch eine wenigstens teilweise Wiederherstellung der freien Konkurrenz einzuschränken. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird man jedoch nunmehr in Regierungskreisen in Erinnerung an die guten Dienste der Straßentransportunternehmen während der Streikperiode bestrebt sein, ihre augenblickliche Struktur so wenig wie nur möglich zu ändern, um ihnen für weitere Notfälle die erforderliche Beweglichkeit zu lassen. (fr)

Die politische Stellung der italienischen Gewerkschaften

Rom, 14. Oktober

Die politische Stellung der italienischen Gewerkschaften („sindacati") läßt sich gegenwärtig dahin definieren, daß ihre Verbände („confederazioni") — von denen eine sich für die Bezeichnung „Unione" entschieden hat — als anerkannte und einsatzfähige Gewerkschaftsorganisationen arbeitsrechtlich gesicherte Sektoren jener Parteien oder Parteigruppen sind, von denen sie unmittelbar abhängen. Derzeit beläuft sich die Zahl dieser anerkannten Verbände auf vier. Hinsichtlich der Vertretung der Arbeitnehmerinteressen und der Austragung von Streitfragen mit den Arbeitgeberverbänden, die gleichfalls die Bezeichnung „confederazioni" tragen, haben sie sich wohl eine gewisse Selbständigkeit und nach außen hin betonte Selbstbestimmung gewahrt, aber auch in diesem Bereich können sie praktisch keine Haltung einnehmen, die nicht mit den Direktiven der politischen Parteien, die auf sie maßgebenden Einfluß ausüben, übereinstimmten. Das italienische Gewerkschaftswesen ist, wie vor dem Kriege unter dem faschistischen Regime, auch heute ein in erster Linie politischer, und zwar parteipolitischer Faktor, was als das eigentliche Motiv für die Aufteilung der Verbandsorganisation auf vier Parteirichtungen anzusehen ist. Die Leitungskörper dieser Verbände setzen sich aus Abgeordneten (entsprechend den Gewerkschaftsgruppen im Parlament) und aus den von den Parteien bestellten Funktionären zusammen.

Das Erbe der faschistisch parteigebundenen und parteinormierten Einheitsorganisation der Confederazione trat die heutige „Confederazione Generale Italiana del Lavoro" an. Die kommunistische Partei übernahm nach den Wahlen von 1946 die Führungsrolle in der Arbeiterschaft wie in deren Gewerkschaftsgefüge und behauptete sie diktatorisch bis zu den Wahlen von 1948. In dieser Periode setzte das Ausspielen des noch einheitlichen Gewerkschaftsverbandes für parteipolitisch abgesteckte Zwecke und für jene Formen der Agitation ein, die in breiten Kreisen des nichtkommunistischen Bevölkerungsteiles als Gewerkschaftsmißbrauch angesprochen wurden. Der Verband wurde dank der bei weitem überwiegenden Mehrheit seiner kommunistisch ausgerichteten Mitglieder zur stärksten Position der Partei. Er war auch nach dem überwältigenden Wahlsieg der christlichen Demokraten im Frühjahr 1948 keineswegs gewillt, der nicht-kommunistischen Minderheit ihrer Gefolgschaft Zugeständnisse zu machen. Die Reaktion auf diese Taktik, die nach wie vor auf die Anwendung des Streiks nicht nur als wirtschaftliche, sondern auch als politische Waffe abgestellt war, führte zur Verbandsaufspaltung. Die Tendenzen strebten zuerst der Schaffung einer unabhängigen — „freien" — Confederazione zu, aber partikuläre Parteiinteressen, die bei den Verhandlungen Divergenzen ergaben, führten zur Aufstellung zweier Verbände, der christlich-demokratischen „Confederazione Italiana Sindacati Liberi CISL" und der demokratisch-sozialistischen, als „rosa" gekennzeichneten „Unione Italiana Lavoratori UIL", zu denen in der letzten Zeit die kürzlich anerkannte „Confederazione Italiana Sindacati Nazionali CISNAL" als vierter, vom MSI aufgestellter und abhängiger Verband getreten ist.

Die Zersplitterung der nicht-kommunistischen Gewerkschaften hat es dem kommunistischen, vom Nenni-Sozialismus unterstützten Großverband, der die Bezeichnung „Confederazione Generale Italiana del Lavoro CGIL" beibehalten hat und an dessen Spitze der agile Di Vittorio steht, leicht gemacht, das Feld zu behaupten. Diesem Verband sollen über 60 % der industriellen und etwa 50 % der landwirtschaftlichen Arbeiter angehören. Kommt es zu nicht von den vier Verbänden vereinbarten Streikbewegungen, so gibt es gewerkschaftlich ermächtigte „Streikbrecher". Immerhin hat die Aufspaltung das Ansagen eindeutig politischer Arbeitsniederlegungen erschwert. Jedenfalls ist aber das Problem der gesetzlichen Regelung des italienischen Gewerkschaftswesens (Abgrenzung des Freiheitsprivilegs) und der Normierung des Streikrechtes (Beschränkung auf Bestrebungen der Arbeitnehmer auf wirtschaftliche Besserstellung) nicht aus der Welt geschafft. Die der Regierung Pella vorausgegangenen Kabinette De Gasperis haben sich mehrfach mit dem Fragenkomplex beschäftigt und Gesetzesentwürfe ausgearbeitet, die, wie viele andere, wegen der Widerstände in den Kammern und nicht zuletzt infolge der Meinungsverschiedenheiten in der Democrazia Cristiana selbst, immer wieder zurückgestellt werden mußten. (Cr)